

Wer hat ein Bedürfnis, Waffen zu besitzen?

Lektionen aus Australien

Von [David B. Kopel](#) | [Chronicles Magazine](#), Oktober 2003

In Australien leben etwas weniger als 20 Millionen Menschen auf einem Kontinent, der so groß ist wie die kontinentalen Vereinigten Staaten. Es ist als ein Ort bekannt, an dem ein Besucher aus Übersee zumindest in einigen Regionen eine Frontieratmosphäre [wie im Wilden Westen der USA] vorfinden kann. Dafür gibt es einen guten historischen Grund. Australien hat ein ursprüngliches Hinterland, eine einzigartige Tierwelt und einen legendären Geist der Unabhängigkeit. Die australischen Soldaten wussten beispielsweise, was der Befehl zum Aufpflanzen der Bajonette bedeutet, und sie haben sich in den Konflikten, in denen sie an der Seite der Amerikaner standen, gut geschlagen. Die englischen Offiziere mochten die Australier bekanntlich nicht, wegen der australischen Verachtung für Autorität. Australische Soldaten folgten schlechten Führern nicht und neigten unter Druck dazu, eigene Entscheidungen zu treffen. Dennoch wurde den Australiern stets zugestanden, dass sie großen Mut bewiesen und Führern folgten, die Gleichheit und Fairness schätzten. Mit seinem bundesstaatlich orientierten, dezentralen Regierungssystem und seiner langen Geschichte als Zufluchtsort für Flüchtlinge aus unfreien Ländern war Australien stolz auf seine Toleranz. Nun aber hat die Bundesregierung einen Krieg gegen die Freiheitsrechte begonnen, der darauf abzielt, die seit langem etablierte Waffenkultur des Landes zu zerstören.

Wir mussten in Schlangen stehen. In den größeren Städten waren die Schlangen bis zu ein paar hundert Meter lang. Wenn ich an einem Samstagnachmittag während der Zeit des Buybacks nach Hause fuhr, nachdem ich in der Stadt eine Besorgung gemacht hatte, sah ich die Schlange wieder und wieder. Wenn das Wetter gut war, war sie noch länger. Die Männer standen da mit ihren Waffen, eingewickelt in Zeitungspapier und alte Decken, redeten leise und schlurften vorwärts.

Dies sind die Worte eines Australiers, der anonym bleiben möchte. Er beschreibt, was geschah, als die australische Regierung ihn unter Androhung einer Gefängnisstrafe zwang, sein registriertes .22er Kleinkalibergewehr abzugeben, damit es vernichtet werden konnte. Nach einem Amoklauf mit mehreren Schießereien in Tasmanien im April 1996, bei dem 32 Menschen von einem Geisteskranken mit einem militärisch anmutenden Selbstladegewehr getötet wurden, erließ die Bundesregierung unter dem neu gewählten Premierminister John Howard Gesetze zum Verbot aller Selbstladegewehre und -flinten. Auch alle Pump-Action-Flinten wurden beschlagnahmt. (Pump-Action-Waffen [solche mit Pistolengriff ohne Hinterschaft] wurden 2002 auch in Deutschland beschlagnahmt, und der „Million“ Mom March befürwortet eine ähnliche Konfiszierung in den Vereinigten Staaten).

Die Schusswaffen, die in Australien abgegeben wurden, waren nicht das Eigentum von Kriminellen. Bei den Waffen handelte es sich eindeutig um Sportwaffen, die schon immer legal waren.

Sie schlugen Zelte auf. In den Zelten befanden sich speziell geschulte Beamte. Ihnen war gesagt worden, dass sie wachsam sein und für Ordnung sorgen müssten, falls jemand von den Menschen aufsässig würde. Also standen sie herum und schauten streng, während wir alle vorbeigingen. Einer versuchte, sich höflich mit mir zu unterhalten, aber ich fühlte mich nicht gut. Ich sagte: „Nichts Persönliches, Kumpel, aber ich bin nicht in der Stimmung, mit dir zu reden. Lass' mich einfach in Ruhe.“ Und wenigstens hatte er genug Verstand, um das zu tun.

Der so genannte „Rückkauf“ [Buyback] war natürlich kein Rückkauf von irgendetwas. Die Regierung war ursprünglich nicht im Besitz der Waffen. Die Waffen standen auch nicht zum Verkauf. Sie wurden unter Androhung von Gefängnisstrafen zu den Konfiszierungszentren gebracht. „Rückkauf“ ist etwa so beschönigend als würde man einen bewaffneten Raubüberfall als „Einkommensumverteilung“ bezeichnen.

In ganz Australien wurde in keinem einzigen Bundesstaat auch nur ein einziger Fall von zivilem Ungehorsam verzeichnet. (In Kanada weigern sich 25.000 Anhänger der Law-abiding Unregistered Firearms Association (www.lufa.ca), ihre Sportwaffen und Flinten registrieren zu lassen).

Australische Waffen wurden im Bundesstaat Westaustralien seit den 1930er Jahren registriert, aber die meisten Bundesstaaten führten die Registrierung von Langwaffen erst in den letzten beiden Jahrzehnten ein. Bürgerrechtsaktivisten, die Bedenken äußerten, dass die Registrierungslisten für Konfiszierungen verwendet werden könnten, wurden als krankhaft misstrauische Extremisten abgestempelt.

Als die Beschlagnahmung der Waffen begann, wussten die Behörden meist schon, wer offiziell was besaß. In Staaten wie Queensland, in denen es zuvor keine Registrierung gab, wurde diese zeitgleich mit den Beschlagnahmungen eingeführt. Die Registrierungsgesetze werden nun als Grundlage für strenge Beschränkungen für die verbleibenden legalen Waffenbesitzer verwendet. Wie im Vereinigten Königreich werden harte und unzumutbare Belastungen angewandt, um die Menschen zu zwingen, den Schießsport aufzugeben.

Ich werde das bis zu dem Tag, an dem ich sterbe, nie vergessen. Ich bin zwar nicht auf einem Bauernhof aufgewachsen, aber ich hatte Zugang zu mehreren Waffen und wurde ab meinem zehnten Lebensjahr in Waffensicherheit unterrichtet. Die .22er Büchse gehörte meinem Vater. Es war kein teures Modell, nur eine kleine, leicht zerlegbare Browning, die sieben Schuss in einem Röhrenmagazin im Schaft fasste. Aber als Junge wurde mir das Schießen mit einem einschüssigen Gewehr beigebracht, und als ich auf dieses kleine halbautomatische Gewehr umsteigen durfte, war das ein großer Tag in meinem Leben. Mein Vater war derjenige, der diese Entscheidung traf. Er hat immer gesagt, dass Mehrladebüchsen ein bisschen mehr geistige Reife brauchen als Einzellader.

Als ich das durfte, habe ich sie zerlegt, eingepackt und bin mit dem Fahrrad dorthin gefahren, wo die Kaninchen am zahlreichsten waren. Es gab Zeiten in meinem frühen Leben, in denen meine Familie verdammt dankbar für diese Kaninchen war. Wir aßen eine Menge Kanincheneintopf.

Ich habe meinem Sohn das Schießen mit dieser Büchse beigebracht. Sie war Teil unserer Familie. Eines Tages erklärte mich die Regierung zu einer öffentlichen Bedrohung, weil ich sie besaß. Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Vater, der so kriminell ist, seinem Sohn eine Browning Kaliber .22 zu vererben!

Das Vorgehen gegen den zivilen Waffenbesitz in Australien war von langer Hand vorbereitet worden. Die entsprechenden Gesetze waren im Voraus geschrieben worden. Nach der schrillen Berichterstattung über den Mehrfachmord in Tasmanien hatte die Regierung nicht mit viel Widerstand gerechnet.

Es gab auch nicht viel Widerstand. 640.000 legal besessene Waffen wurden abgegeben, und die Maßnahme kostete, einschließlich der Entschädigungszahlungen der Regierung, über 500 Millionen australische Dollar, die durch eine signifikante landesweite Steuererhöhung aufgebracht wurden. Jeglicher Besitz von Waffen zur Selbstverteidigung wurde verboten.

Wie konnten Menschen mit einer solchen Tradition von Unabhängigkeit es zulassen, dass ihnen ihre Waffen und ihr Recht, ihre Familien zu schützen, gewaltsam entzogen werden?

Die Medien in Australien werden stark von einigen wenigen Namen dominiert, und die Grundsätze der Medienunternehmen waren seit Jahren ausgesprochen waffenfeindlich. Dass die Medien von Rupert Murdoch in den Vereinigten Staaten (wie die New York Post und Fox News) verhältnismäßig „waffenfreundlicher“ sind als ihre australischen Pendanten, zeugt eher von einem geschickten Marketing als von einer ideologischen Überzeugung Murdochs. Die Standards der australischen Medien in Bezug auf Fairness und Genauigkeit liegen deutlich unter denen der meisten US-Medien. Als Bob Corbin, der Präsident der amerikanischen National Rifle Association, vor einigen Jahren durch Australien reiste, verbreiteten einige Medien die Behauptung, Corbin würde große Mengen an Waffen ins Land schmuggeln.

Es ist bemerkenswert, dass trotz der riesigen Weiten Australiens die Bevölkerung des Landes heute zu über 85 Prozent in Städten lebt, was in etwa dem Anteil Japans entspricht. Und die Ökologie des Landes hat sich nicht für eine reiche Jagdtradition wie in Nordamerika angeboten. Die Jagd auf einheimische Wildtiere in Australien beschränkt sich zunehmend auf die Entenjagd in einem oder zwei Bundesstaaten, in denen die Wasserqualität dies zulässt, aber selbst dies wird von den „Dunkelgrünen“ (d. h. den besonders militanten, irrationalen und intoleranten Grünen) bekämpft.

Im Laufe der Jahre wurden viele nicht einheimische Tiere wie Kaninchen, Füchse und Ziegen nach Australien eingeführt, aber die Medien haben die Öffentlichkeit in dem Glauben bestärkt, dass nur besonders qualifizierte Schützen an der Beseitigung dieser Schädlinge mitwirken sollten.

Historisch gesehen ist Australien das Land der Kaninchen. Daraus folgt, dass es auch das Land des Kleinkalibergewehrs war, und daraus ergibt sich bedauerlicherweise, dass die Schusswaffen, die die Regierung einzog, Kleinkalibergewehre sowie die beliebten Jagdflinten waren.

Die meisten Verbrechen ereignen sich in den großen Hauptstädten der einzelnen Bundesstaaten. Die Kriminalität hält unvermindert an, und der übliche Verdacht fällt auf Banden, Drogen und illegale Waffen, was ein gefundenes Fressen für die Medien ist – und zwar so sehr, dass die Regierung von John Howard im Jahr 2003 eine weitere Konfiszierungsrunde durchführte und diesmal Hunderte von Kurzwaffenmodellen beschlagnahmte, die seit den 1930er Jahren streng kontrolliert wurden.

Um eine Kurzwaffe zu besitzen, muss ein Bürger eine mehrmonatige Probezeit in einem anerkannten Schießsportverein absolvieren, bevor er bei der Polizei eine Lizenz zum Besitz einer registrierten Kurzwaffe beantragen kann. Die Lizenzinhaber müssen jährlich oder monatlich an einer bestimmten Anzahl von Schießwettbewerben teilnehmen. Alle Kurzwaffen, die ein bestimmtes Kaliber (.38) über- und eine bestimmte Lauflänge (100 mm für Revolver, 120 mm für halbautomatische Pistolen) unterschreiten, sind Waffen, die für fast jeden verboten sind, und natürlich werden sie nur von denjenigen abgegeben, die bereits das Genehmigungsverfahren durchlaufen haben.

Für Kurzwaffen, die nach wie vor legal sind, werden sehr belastende Anforderungen an die „sichere Aufbewahrung“ gestellt, einschließlich Alarmanlagen mit Videoüberwachung. Die Beschränkungen gelten sogar für antike, vor 1900 hergestellte Pistolen, für die es derzeit keine Munition gibt. Es ist offensichtlich, dass der Zweck der neuen Repressionen nicht die öffentliche Sicherheit ist, da es heutzutage kein Problem mit Kriminellen gibt, die gestohlene Revolver des Modells 1851 für Banküberfälle verwenden. Selbst moderne, legal besessene Kurzwaffen werden so gut wie nie für Straftaten verwendet; in den Jahren 2001 und 2002 wurde beispielsweise nur eine einzige registrierte Kurzwaffe für ein Tötungsdelikt verwendet.

Die öffentliche Sicherheit mag der Vorwand für mehr Waffengesetze sein, aber in Wirklichkeit wird die Verfolgung von Waffenbesitzern als ein Ziel an sich betrachtet, um Menschen zu zwingen, ihre Waffen abzugeben. Aus diesem Grund „kauft“ die Regierung sogar Kurzwaffen zurück, die nicht unter das derzeitige Ablieferungsprogramm fallen, um Sportschützen dazu zu bewegen, ihren Sport aufzugeben.

Es ist lehrreich zu beobachten, was australische Politiker über Waffen sagen. Mark Latham ist eine bekannte Persönlichkeit in der Australischen Labor Party, zu dessen Zuständigkeitsbereich die kommunale Sicherheit gehört. In einem Interview vom 21. Mai 2003 sagte er:

Ich halte es für völlig unerwünscht, Schusswaffen in unseren Vorstädten zu haben. . . . Sehen wir uns die grundlegenden Statistiken an: Wenn es zu häuslicher Gewalt kommt und es [einen Streit] im Haus gibt, dann können diese Waffen nur allzu oft benutzt werden, und oft sind sie eine Quelle von Tötungsdelikten, so dass wir eine viel sicherere Gesellschaft sein werden, je weniger Waffen wir haben.

Die australische Regierung finanziert eine Menge Junk-Wissenschaft, um jene „Statistiken“ zu fördern, die den Waffengegnern entgegenkommen und „beweisen“, dass gesetzestreue Waffenbesitzer eine Bedrohung für die Gesellschaft sind.

Am 4. Juni 2003 sagte Premierminister Howard in einer Radiosendung:

Nach den statistischen Erkenntnissen der letzten sechs Jahre ist in Australien die Zahl der Tötungsdelikte mit Waffen seit der Einführung der Waffengesetze im Mai 1996 zurückgegangen. Das ist die australische Erfahrung. Ich kann nichts zu den Erfahrungen anderer Länder sagen. . . . Es hat eine maßvolle Verbesserung gegeben. Sie ist nicht riesig. Aber es gab eine maßvolle Verbesserung.

Natürlich hat sich die tatsächliche Mordrate in Australien seit dem Verbot von Waffen 1996 *nicht verbessert*. In Ländern, in denen Waffen verboten sind, ist es ein üblicher Trick, alle Todesfälle durch Erschießen, einschließlich Selbstmorde, zu einer eigenen Subkategorie zusammenzufassen und dann zu behaupten, dass die „Todesfälle durch Waffen“ seit der Verabschiedung der Gesetze zurückgehen. Die australische Mordrate ist nicht gesunken, und die Selbstmordrate auch nicht. Menschen bringen sich und andere nach wie vor um, aber die Tatsache, dass weniger Waffen in diese Todesfälle verwickelt sind, ist angeblich ein großer Triumph der Politik. Premierminister Howard hat aufgehört zu behaupten, dass seine Waffengesetze tatsächlich Leben gerettet haben. Während die Medien die Rechtfertigungen der Regierung für die Teilnahme Australiens am Zweiten Golfkrieg sehr genau unter die Lupe genommen haben, erhält Howard einen Freifahrtschein für seine Täuschenspielertricks bezüglich der Vorteile der Beschlagnahmung von Waffen.

In den Commonwealth-Staaten wurden Milliarden von Dollar für die Registrierung von Waffen vergeudet, ohne dass es Beweise dafür gibt, dass dadurch auch nur ein einziges Leben gerettet wurde. Allein in Kanada wurde weit über eine Milliarde Dollar ausgegeben, und es wird noch viel mehr werden. Die kanadische Regierung hatte versprochen, dass sich die Kosten auf zwei Millionen Dollar belaufen würden. Die Registrierung von Waffen hat nachweislich nicht dazu beigetragen, die Kriminalitätsrate in Australien zu senken. Neuseeland, das in Naturell und Denkweise Australien nicht unähnlich ist, hat die Waffenregistrierung 1983 auf Wunsch der Polizei abgeschafft, weil sie einerseits ineffektiv war

und andererseits bei der Polizei zu Zeitverschwendung führte, aber die Bewegung für ein Waffenverbot und deren Verbündete in der Regierung scheinen jetzt bereit zu sein, sie wieder einzuführen.

Warum eigentlich? Ein Schreiben des neuseeländischen Polizeiministers George Hawkins vom 17. Juni 2003 liefert eine Erklärung:

Ich . . . beabsichtige, eine neue Form der Registrierung von Schusswaffen durch neue Rechtsvorschriften einzuführen, die noch in diesem Jahr verabschiedet werden sollen. Auch die Vereinten Nationen haben gemeinsame Grundsätze für die Bekämpfung der illegalen Herstellung von und des Handels mit Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition in einem länderübergreifenden Kontext ausgearbeitet. Wenn Neuseeland sich an dieser Art von multilateraler Verpflichtung beteiligen will, muss das Waffengesetz von 1983 geändert werden.

Tatsächlich gibt es weder einen UN-Vertrag noch ein anderes Dokument, das die Staaten zur Registrierung von Waffen verpflichtet, obwohl einige UN-Funktionäre für Registrierungsprogramme werben. Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten (wo nur eine Minderheit der Staaten Kurz Waffen und kaum einer Langwaffen registriert) das solideste Rechtssystem, das alle U.N.-Anforderungen zur Verhinderung des internationalen Waffenschmuggels erfüllt und übertrifft. Dennoch ist es für Politiker sehr bequem, sich auf angebliche UN-Bestimmungen berufen zu können.

Heute werden in den meisten australischen Bundesstaaten die verbliebenen 700.000 legalen Besitzer von Schusswaffen wie eine soziale Unterschicht behandelt. Der ökologische Wert der legalen Jagd wird ständig in Misskredit gebracht, und es werden ständig obrigkeitliche Methoden eingesetzt, um den Menschen ihre Waffen abzunehmen. Befürworter eines Waffenverbots schlagen vor, dass ein Bürger ein „echtes Bedürfnis“ („genuine need“) nachweisen muss, um eine Waffe besitzen zu dürfen. Ein ähnliches Erfordernis wird in Belgien gefordert, und Sarah Brady hat eine bedürfnisorientierte Erlaubniserteilung zu ihrem langfristigen Ziel in den Vereinigten Staaten erklärt. Im Vereinigten Königreich wurde ein ähnlicher Standard („guter Grund“, „good reason“) von der Polizei verwendet, um die Zahl der Haushalte, die rechtmäßig Waffen besitzen, auf klägliche vier Prozent der Bevölkerung zu reduzieren. Viele Regierungsbeamte und ihre Verbündeten in der Waffenverbotslobby glauben, dass niemand, der nicht für die Regierung arbeitet, ein „Bedürfnis“ [„need“] hat, eine Waffe zu besitzen, außer vielleicht einige Landwirte und einige Jäger, die eventuell noch eine Weile geduldet werden. Die Behörden sind natürlich dazu da, zu bestimmen, was genau ein solches Bedürfnis ist, und die Australier stellen zunehmend fest, dass, was auch immer ein „Bedürfnis“ ist, sie es nicht haben.

Immer mehr Waffenbesitzer, die noch nie in ihrem Leben gegen ein Gesetz verstoßen haben, sagen, sie wünschten, sie hätten ihre Waffen nie registriert. Die meisten werden zugeben, dass sie jemanden kennen, der eine nicht registrierte Waffe besitzt. Die meis-

ten sagen, sie wünschten, sie hätten auch eine. In den meisten Fällen meinen sie wahrscheinlich, dass sie bereits eine haben, aber sie möchten es nicht sagen.

David B. Kopel ist Autor von *The Samurai, the Mountie, and the Cowboy: Should America Adopt the Gun Controls of Other Democracies?*, das von der American Society of Criminology, Division of International Criminology, zum Buch des Jahres gewählt wurde.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Who needs Guns?**“ kann man hier abrufen: <https://davekopel.org/2A/Foreign/Australia.pdf>